



## ■ Planungen für Kleinen Tiergarten und Ottopark



Am 19. Juni hatte die AG Grun der Stadtteilvertretung Turmstraße in den Kleinen Tiergarten eingeladen, um ihre Vorstellungen für den Umbau von Kleinem Tiergarten und Ottopark mit den Anwohnern zu diskutieren. Am Montag, 5. Juli werden auf Einladung von Bezirksamt und Senatsverwaltung um 19.00 Uhr in der Heilandsgemeinde (Thusnaldallee) offiziell die Wettbewerbsbeiträge vorgestellt, die im Rahmen des „Aktiven Stadtzentrum Turmstraße“ für den Umbau eingegangen sind. Näheres auf Seite 2

## ■ BVV Mitte beschließt Maßnahmenpaket gegen Spielhallen

Die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin Mitte hat auf ihrer Juni-Sitzung in einer thematischen Stunde über die exzessive Ausbreitung von Spielhallen im Bezirk beraten. Allein im Monat Mai wurden 15 Neuanträge gestellt. Tendenz steigend. Bezirksbürgermeister Dr. Hanke (SPD) sprach in der Debatte gar von einem „explosionsartigen Anstieg“.

Spielsucht wird zur großen Gefahr in Mitte. Verschuldung und Verarmung sind weitere Folgen. Die Bezirksparlamentarier verabschiedeten deshalb nahezu einstimmig mehrere Anträge, die dieser besorgniserregenden Entwicklung Einhalt gebieten sollen.

Dazu erklärt Hans-Günter Mahr, Vorsitzender der SPD-Fraktion Mitte: „Im Zusammenhang mit Spielhallen werden oft eine Vielzahl strafrechtlich relevanter Ereignisse beobachtet. Illegales Glücksspiel, Geldwäsche, Betrug, räuberische Erpressung, Körperverletzungen und sogar Raubmord. Auch Einbrüche zur Liquiditätsbeschaffung sind in der näheren Umgebung häufig unangenehme Begleiterscheinungen von Spielhallen. Dem konnten wir nicht länger tatenlos zusehen. Gefragt sind an dieser Stelle aber insbesondere Landes- und Bundesgesetzgeber.“

Ausführliche Informationen zum Thema „Spielhallen in Mitte“ auf Seite 6



**Ob Balearen oder Balkonien:  
Das Team der SPD im Wahlkreis 4 wünscht Ihnen  
erholungsreiche Sommerferien**

Liebe Leserin, lieber Leser,

auf Betreiben der SPD erhält Berlin ein erweitertes Informationsfreiheitsgesetz. Damit wird das Recht der Öffentlichkeit deutlich gestärkt, in Verträge, die das Land Berlin geschlossen hat und die die öffentliche Daseinsvorsorge betreffen, Einblick zu nehmen.

Hierzu zählen z.B. die Bereiche Wasser, Energie, Abfall, der öffentliche Nahverkehr und auch das Krankenhauswesen. Das Gesetz erstreckt sich ebenfalls auf den Verkauf von Unternehmensbeteiligungen, auf Erbpachtverträge sowie die Vermietung von Grundstücken.



Und es gilt auch für Altverträge, bei denen das Land Berlin allerdings wegen der zivilrechtlich geschützten Ansprüche privater Anteilseigner über einen Zeitraum von sechs Monaten Nachverhandlungen mit dem Vertragspartner führen muss. Bei einem hinreichend starken öffentlichen Interesse kann die Offenlegung auch ohne Zustimmung der Vertragspartner erfolgen.

Auslöser für dieses Gesetz waren die Geheimverträge über den Verkauf der Wasserbetriebe, die nicht nur bei den Betreibern des Volksbegehrens (Stichwort: Wassertisch), sondern auch bei vielen Abgeordneten quer durch die Fraktionen Unmut und Mißbilligung hervorgerufen haben. Der Gesetzentwurf liegt dem Abgeordnetenhaus Anfang Juli zur Abstimmung vor.

Unter privaten Vertragspartnern mögen geheime Absprachen und Regelungen ja üblich und sinnvoll sein. Es ist aber gut und richtig, wenn der öffentlichen Hand diese Möglichkeit klar und eindeutig verbaut ist. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen angenehme Sommerwochen.

Ihre

Jutta Leder

## ■ Wettbewerbsbeiträge für den Kleinen Tiergarten und für den Ottopark werden vorgestellt

Die Turmstraße (wie auch die Weddinger Müllerstraße) sind seit 2008 im Bund-Länder-Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, das zur Stützung der Funktionsfähigkeit bestehender Stadtzentren bundesweit ins Leben gerufen worden ist. Mit ihm werden Maßnahmen zur Aufwertung des öffentlichen Raums, zur Wiedernutzung leerer Gebäude und Brachflächen sowie Stadtmarketingmaßnahmen gefördert.

Begleitet werden die Planungen für die Turmstraße von der im Herbst vergangenen Jahres gewählten „Stadtteilvertretung Turmstraße“, in der sich interessierte Anwohnerinnen und Anwohner zusammen gefunden haben.

Bestandteil des Förderprogramms sind auch der Kleine Tiergarten sowie der Ottopark, die attraktiver gestaltet werden sollen und für die ein landschaftsplanerischer Wettbewerb ausgeschrieben wurde, dessen Ergebnisse nun vorliegen.

Das Bezirksamt Mitte und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung laden alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein zu einer

**Informationsveranstaltung zum Wettbewerb für den Kleinen Tiergarten /Ottopark am Montag, 5. Juli, um 19.00 Uhr in die Heilandskirche an der Thusneldaallee.**

Dort werden die eingereichten Vorschläge vorgestellt und es besteht die Gelegenheit zu einer ausführlichen Diskussion. Bereits ab 17.00 Uhr ist die Kirche geöffnet, um sich vor der Veranstaltung in Ruhe die Wettbewerbsbeiträge auf Stelltafeln ansehen zu können.



Die Thusneldaallee, die möglicherweise kürzeste Allee Europas

Bereits am 19. Juni hatte die Arbeitsgruppe Grün der Stadtteilvertretung Turmstraße auf die große Wiese im Kleinen Tiergarten eingeladen, um mit den Anwohnerinnen und Anwohnern über Möglichkeiten, Wünsche und Vorstellungen zu sprechen.

Ein wichtiger Aspekt dabei: Wo fährt eine mögliche Straßenbahn zwischen Hauptbahnhof und U-Bahn Turmstraße lang? Zwei Trassenführungen sind im Gespräch: Von der Invalidenstraße kommend entweder über Alt-Moabit zur Stromstraße/Turmstraße oder über die Rathenower Straße und am Kriminalgericht auf die Turmstraße. Die Stadtteilvertretung Turmstraße befürchtet bei erster Variante, dass die Gleise zu Lasten des Kleinen Tiergartens verlegt werden könnten und lehnt dieses ab. Ob indes überhaupt und wann eine Straßenbahn kommt, steht gegenwärtig völlig in den Sternen. Noch existiert nicht einmal eine Voruntersuchung über die technische Machbarkeit.

Ein weiterer herausragender Punkt ist die Thusneldaallee. Über die Frage, ob man sie für den Verkehr schließt und die Fläche in den Ottopark integriert, wird bereits seit Jahren gesprochen. Mit dem „Aktiven Stadtzentrum Turmstraße“ steht sie nun wieder aktuell auf der Tagesordnung.

## ■ Spielplatzaktionstag auf dem Stephanplatz

Das „Kinder- und Jugendaktionsteam Power 21“ von BürSte e.V. veranstaltet am Donnerstag, 8. Juli ab 16.00 Uhr zum Ferienbeginn einen großen Spielplatzaktionstag auf dem Stephanplatz. Wie auch bei den vorherigen Aktionstagen wird es zahlreiche Aktionen geben: Dosen Werfen, Klebemurmeln, Fußballgeschicklichkeitsparcours, Fahrradparcours, Wasserspiele und vieles mehr. Alle Aktionen sind kostenlos. Natürlich wird es wieder zahlreiche Preise geben wie z.B. Gutscheine für verschiedene Läden und Veranstaltungen. Weitere Infos finden sich unter [www.power-21.de/tl](http://www.power-21.de/tl).

## ■ Müllerstraße aktiv

Die Stadtteilvertretung Müllerstraße lädt ein zu ihrer nächsten öffentlichen Sitzung am Donnerstag, 8. Juli um 19.00 Uhr in den Dillenburgsaal im Rathaus Wedding (Müllerstr. 147, Hochhaus, 1. OG.). Interessierte Anwohnerinnen und Anwohner sind herzlich willkommen, sich über den aktuellen Stand der Planungen des „Aktiven Stadtzentrums Müllerstraße“ zu informieren und eigene Ideen und Vorstellungen einzubringen.

## ■ Spender für neue Fahrradständer gesucht

Die Fahrradständer vor der Bruno-Lösche-Bibliothek in der Perleberger Straße sind so, dass man sein Fahrrad dort lieber nicht abstellt, wenn einem seine Felgen lieb sind. Angeregt von einem Bibliotheksnutzer plant deshalb der Förderverein Stadtbibliothek Mitte e.V. hier die beliebten „Kreuzberger Bügel“ zu installieren. Das sind Fahrradabstellanlagen, an denen Fahrräder sicher und komfortabel anzuschließen sind. Platz wäre insgesamt für acht Bügel. Vier sollen auf der Fläche der jetzigen Fahrradständer und jeweils zwei sollen am Straßenrand rechts und links des Baumes aufgestellt werden. Abgestimmt wurden die Standorte mit der Bezirksgruppe des Fahrradclub ADFC. Die Genehmigung des Straßen- und Grünflächenamts ist beantragt. Ein Kreuzberger Bügel wurde bereits gespendet.

Wer sich beteiligen möchte, spendet bitte auf das Konto des Fördervereins Stadtbibliothek Mitte e.V.: Kto.-Nr. 525 628 101, bei der Postbank Berlin, BLZ 100 100 10 Verwendungszweck: Fahrradbügel. Eine Spendenbescheinigung kann ausgestellt werden.

**■ Veranstaltungstipp 10. Juli  
Kultur-Tour mit dem Fahrrad**

Der Wedding zeigt sich heute mit seinem vielfältigen internationalen Leben, den zahlreichen Baudenkmalen, mit seinen Grün- und Erholungsflächen, den historischen Städten und Lernorten der Geschichte sowie mit den überregional bekannten Institutionen von Musik, Theater, Tanz und Bildender Kunst als ein bedeutender Kulturstandort von Berlin.

Dies alles wird von KulturvorRat in Zusammenarbeit mit dem Verein Stattwerkstatt auf ausgewählten Fahrradtouren vorgestellt. Diese richten sich an Menschen aus den Quartieren selbst und darüber hinaus aber auch an all jene die sich für die aktuellen Entwicklungen in nördlichen Teil von Berlin Mitte interessieren.

Am Samstag, 10. Juli, startet um 14.00 Uhr eine dieser Fahrradtouren am Treffpunkt Eingang Charité / Virchowklinikum. Eine Anmeldung wird empfohlen, telefonisch unter 50 01 44 74 oder über die Website [www.kulturvorrat.foerderband.org](http://www.kulturvorrat.foerderband.org).

**■ Kunstausstellung zur WM 2010: Afrikanische Vielfalt**



Während der Fußball-WM 2010 blickt die Welt nach Afrika, das ein faszinierender Kontinent unermesslicher kultureller Vielfalt ist. Neben der bereits bekannten und meist mit Afrika in Verbindung gebrachten »alten Kunst«, den abstrakten Holzskulpturen und Masken, geht es bei der Ausstellung im August-Bebel-Institut schwerpunktmäßig um moderne Malerei, die von den Traditionen Afrikas erzählt und sich mit aktuellen politischen wie auch mit umweltbezogenen Themen auseinander setzt. Das Foto zeigt den Künstler Dennis Dos Tamakloe mit einigen seiner Arbeiten.

Die Ausstellung ist noch bis zum 10. Juli zu sehen in der Galerie des Kurt-Schumacher-Hauses in der Müllerstr. 163 (nahe S- und U-Bahn Wedding), Öffnungszeiten Montag bis Freitag 14.00 bis 18.00 Uhr. Nähere Informationen unter [www.august-bebel-institut.de](http://www.august-bebel-institut.de).

**■ Ferienangebote für Kinder und Jugendliche**

Die Sommerferien sind praktisch zum Greifen nahe. Und doch gibt es auch für Kurzent-schlossene noch einige der begehrten Plätze im Ferienreiseprogramm des Jugendam-tes Mitte.

„Abenteuer Kanu im Spreewald“ heißt es vom 17. bis 24. Juli. Direkt im Spreewald wird die Basis auf dem Zeltplatz Lübben errichtet, von der aus mit dem Kanu Tagestouren gestartet und Außenlager angesteuert werden. Ein richtiges Abenteuer!

Oder wie wäre es mit „Räuberferien in Schlepzig“ vom 24. Juli bis 6. August? Ein Räuberlager bauen, Fallen stellen, das Essen auf dem Feuer brutzeln und ein Leben in Saus und Braus führen - das sind richtige Räuberferien. Das Räuberlager wird in Schlepzig im Spreewald aufgeschlagen. In dem verwinkelten Schullandheim inmitten von Wald, Wiesen und Wasser wartet für jeden Räuber ein kuscheliges Bett.

Wer an einer Teilnahme interessiert und zwischen 9 und 13 Jahren alt ist, sollte sich tunlichst flott mit Frau Martius-Schulz im Bezirksamt unter der Tel-Nr. 90 18 - 23 107 in Verbindung setzen. Für Familien mit geringem Einkommen besteht die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung.

**■ Bürgersprechstunde  
mit Bezirksbürgermeis-  
ter Dr. Christian Hanke**



Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke (SPD) lädt alle Moabiterinnen und Moabi-ter ein, im Rahmen einer Bürgersprech-stunde am Montag, 5. Juli von 14.00 bis 15.00 Uhr im Moabiter Stadtschloss (Ro-stocker Str. ) ihre Anliegen, Beschwerden und Wünsche persönlich vorzutragen.

**■ Neue Kiezezeit-schrift  
mobi news**



Im Juni erschien die erste Ausgabe des neuen Moabiter Kiezmagazins „mobi news“. Die Zeitschrift erscheint monatlich auf deutsch und auf türkisch und berich-tet über aktuelle Themen aus und über Moabit. Sie ist wirtschaftlich und redak-tionell unabhängig, finanziert sich über Anzeigen der lokalen Unternehmen und ist unentgeltlich in den allermeisten Mo-abiter Cafes und Kneipen sowie in vielen Geschäften erhältlich.

In den kommenden Tagen empfiehlt es sich also, nach der neuen Juli-Ausgabe Ausschau zu halten. Falls sie bereits ver-griffen sein sollte, kann man sie natürlich auch online unter [www.mobi-news.biz](http://www.mobi-news.biz) lesen.

## ■ „Die Bäume werden nicht in den Himmel wachsen“

Die „Vier“ im Gespräch mit Hans-Günter Mahr, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV Mitte

Anfang Juni hat die SPD-Fraktion in der BVV Mitte einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Vorsitzender ist Hans-Günter Mahr, seine beiden Stellvertreterinnen sind Annette David und Martina Matischok. Über die inhaltlichen Schwerpunkte der SPD-Fraktion haben wir mit dem neuen Vorsitzenden gesprochen.

**Die „Vier“: Herr Mahr, Sie sind neuer Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bezirksparlament von Mitte. Welche inhaltlichen Schwerpunkte werden Sie setzen?**

Hans-Günter Mahr: Eine inhaltliche Neuausrichtung ist mit dem Personalwechsel nicht verbunden. Das große Generalthema bleibt dem Bezirk ohnehin erhalten: Die desolade Haushaltslage. Es ist dem Bezirk zwar gelungen, von der „vorläufigen Haushaltswirtschaft“, also der Zwangsbewirtschaftung durch den Senat, wieder herunterzukommen und die Entscheidungen wieder selbst in der Hand zu haben. Aber dadurch sind ja die Kassen nicht voller geworden. Ende August bekommen wir die Zahlen für den Ergänzungshaushalt 2011 und mit einer Entspannung der Lage wird man nicht ernsthaft rechnen können. Es wird also leider eher darum gehen, wo gestrichen wird als um die Frage, wo mehr ausgegeben wird. Als SPD-Fraktion werden wir darauf achten, dass die Bereiche geschont werden, in denen guten Gewissens schon jetzt nichts mehr zu holen ist, z.B. bei der Kinder- und Jugendbetreuung oder der Obdachlosenunterstützung.

**Das klingt eher nach Konkursverwaltung denn nach aktiver Bezirkspolitik?**



Hans-Günter Mahr,  
Vorsitzender der  
SPD-Fraktion in  
der BVV Mitte

Aber nein. Richtig ist, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen werden. Aber es ist uns auch gelungen, zusätzliche Mittel über den Bezirksetat hinaus für gezielte Projekte zu beschaffen. Ein Beispiel ist das Bund-Länder-Förderprogramm „Aktive Stadtzentren“, aus dem Gelder für eine attraktivere Gestaltung der Turmstraße und der Müllerstraße bereit stehen. Dort haben sich inzwischen Stadtteilvertretungen gebildet, in denen interessierte Anwohnerinnen und Anwohner an den Planungsarbeiten teilnehmen und eigene Vorschläge einbringen. Als SPD-Fraktion unterstützen wir diese direkte Art der Bürgerbeteiligung und ich möchte alle Interessierten auffordern, an den Aktivitäten der Stadtteilvertretungen wie auch anderer Kiez-Initiativen teilzunehmen.

**In der vergangenen Sitzung der BVV wurde ein umfangreiches Maßnahmenpaket zum Thema Spielhallen verabschiedet. Wird man das Problem damit in den Griff bekommen?**

Wir konnten der Entwicklung nicht länger tatenlos zusehen. Allein im Monat Mai wurden 15 Neuanträge auf Genehmigung einer Spielhalle gestellt. Tendenz steigend. Bezirksbürgermeister Dr. Hanke (SPD) sprach in der Debatte gar von einem „explosionsartigen Anstieg“. Im Zusammenhang mit Spielhallen werden oft eine Vielzahl strafrechtlich relevanter Ereignisse beobachtet. Illegales Glücksspiel, Geldwäsche, Betrug, räuberische Erpressung, Körperverletzungen und sogar Raubmord. Auch Einbrüche zur Liquiditätsbeschaffung sind in der näheren Umgebung häufig unangenehme Begleiterscheinungen von Spielhallen. Die rechtlichen Möglichkeiten des Bezirks, in diese Entwicklung einzugreifen, sind ausgesprochen gering. Wir hoffen aber, mit den nun beschlossenen Maßnahmen die explosionsartige Ausbreitung von Spielhallen und Wettbüros bremsen zu können. Gefragt sind an dieser Stelle aber insbesondere Landes- und Bundesgesetzgeber.

**Welche weiteren Schwerpunkte hat sich die SPD-Fraktion für die kommende Zeit gesetzt?**

Die Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung ist oftmals weniger von politischen Grundsatzentscheidungen denn von ganz praktischen Vorgängen und Notwendigkeiten geprägt. Einige Beispiele:

Wir müssen es hinbekommen, dass sowohl das Ordnungsamt wie auch das Grünflächenamt personell besser ausgestattet werden. Der Bezirk Mitte verfügt wie kein anderer Bezirk über eine große Anzahl repräsentativer Grünflächen, die aufwändig gepflegt werden müssen. Dabei geraten aufgrund der personell engen Ausstattung oftmals die kleinen Grünflächen in den Kiezen oder auch der Straßenbewuchs in den Hintergrund.

Im Bereich der Schulen erleben wir in Mitte gerade eine Konjunktur von Privatschulen. Als SPD-Fraktion betrachten wir diese Entwicklung mit einem lachenden und einem weinenden Auge. So sehr wir die Initiative von Eltern für ihre Kinder unterstützen, so sehr werden wir darauf achten, dass ein gesundes, ausgewogenes Verhältnis von staatlichen und privat bzw. konfessionell betriebenen Schulen erhalten bleibt. Dass heisst für uns natürlich auch, dass das qualitative Angebot der staatlichen Schulen nicht hinter dem der Privatschulen zurückbleiben darf.

Auch das Thema Parkraumbewirtschaftung wird die BVV voraussichtlich wieder beschäftigen. Mit der Inbetriebnahme des BND-Neubaus an der Chausseestraße werden ca. 3.000 bis 4.000 Mitarbeiter erwartet, die ihre Autos in der Umgegend parken wollen. Von

Warum nur lesen, wie andere Politik machen?

### **Mitmachen und einmischen!**

Z.B. in Vereinen und Initiativen, in Quartiersräten und Stadtteilvertretungen.

**Und natürlich auch in der SPD.**

Über die vielfältigen Möglichkeiten, sich in der SPD zu engagieren, informiert gern das Kreisbüro der SPD Mitte unter Tel. 46 92 - 130. Oder ein Blick auf die Website [www.mitte.spd-berlin.de](http://www.mitte.spd-berlin.de)

Übrigens: Man muss nicht gleich Mitglied werden, um mitreden zu können.

den Anwohnern werden bereits Befürchtungen geäußert, dass die Parkplatzsituation ausgesprochen eng werden könnte. Wir nehmen diese Sorgen sehr ernst und werden uns eine Lösung einfallen lassen.

Seit Jahren wird kritisiert, dass im Afrikanischen Viertel drei Herren mit nach ihnen benannten Straßen geehrt werden, die sich während der deutschen Kolonialzeit um die Menschenrechte nicht eben verdient gemacht haben - um es vorsichtig zu formulieren. Nachtigalplatz, Petersallee (nach dem ursprünglichen Namensgeber Carl Peters), Lüderitzstraße. Demnächst wird zumindest eine Tafel aufgestellt, die auf den geschichtlichen Hintergrund der Namensgebung aufmerksam macht. Darüber hinaus gibt es Überlegungen für eine Gedenkstätte zum Kolonialismus. Die BVV wird sich mit einer Umbenennung der Straßen zu beschäftigen. Als SPD-Fraktion befürworten wir dies, möchten es aber in eine breit angelegte Diskussion mit den Anwohnern eingebunden wissen.

Der Neubau eines Gastrogroßmarktes auf dem Gelände des ehemaligen Moabiter Güterbahnhofs erregt zur Zeit die Gemüter. Wir begrüßen diese Investition, mit der ca. 300 Arbeitsplätze geschaffen werden und die Voraussetzung für eine Verkehrsberuhigung der Siemensstraße ist. Die Bürgerinitiative Siemensstraße fürchtet allerdings eine nackte Betonfassade straßenseitig und sorgt sich um eine Pappelreihe. Ich bin sehr zuversichtlich, dass bei den gegenwärtig laufenden Gesprächen mit dem Investor eine auch für die direkten Anwohner akzeptable Fassadengestaltung erreicht werden kann.

Der Panke-Grünzug mit dem Panke-Radweg ist nun weitgehend fertig gestellt. Allerdings gibt es an der Badstraße eine sehr unbefriedigende Situation bei der Überquerung. Wir arbeiten daran, hier möglicherweise eine Unterquerung der Badstraße zu realisieren und dafür externe Mittel zu beschaffen.

Dies sind einige, zum Teil recht kleinteilige Beispiele, mit denen sich die BVV und auch die SPD-Fraktion zur Zeit beschäftigt oder sich demnächst beschäftigen wird.

Das Gespräch führte Helmut Hansmann

## ■ Versteckte Idylle



Doch, es gibt sie, die versteckten Idyllen inmitten der Hauptstadt. Eine von ihnen ist der ehemalige, heute denkmalgeschützte Geschützschuppen der 6. Batterie in der Moabiter Kruppstraße 16 unweit des Hauptbahnhofes.

Der Metallgestalter Anderl Kammermeier hat hier sei Atelier und auf dem Gelände einen liebvoll-krempeligen Garten geschaffen, der den Besucher sofort und ohne Umschweife zum Niederlassen und Genießen zwingt. Glücklicherweise darf man sich an ausgewählten Terminen auch in diesem privaten Refugium niederlassen, verbunden mit interessanten Veranstaltungen. Die nächsten Termine sind der 29. August und der 19. September. Nähere Informationen finden sich unter [www.anderl-kammermeier.com](http://www.anderl-kammermeier.com).

## ■ Jubiläum im Erlebnisprogramm der BSR



Anfang Juni war die magische Zahl 3.000 dann in der Kita in der Emdener Straße erreicht: So viele Kinder haben bis dahin von Dino und Fridolin viel gelernt über Abfall, Sauberkeit und die richtige Mülltrennung.

Dino der Müllmacher und Fridolin der Kompostmacher gehören zum Erlebnisprogramm für Vorschulkinder, das die BSR allen Berliner Kitas anbietet und mit dem das Thema Müll auf spielerische Weise vermittelt wird. Interessierte Kitas können sich telefonisch unter 75 92 - 49 00 oder per E-Mail an [claudia.frohn@bsr.de](mailto:claudia.frohn@bsr.de) nach freien Terminen erkundigen.

## ■ „Aktiv 2010“ – Wettbewerb für Demokratie und Toleranz

Im Rahmen des Bundes-Wettbewerbes „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ werden noch bis 20. September vorbildliche und nachahmbare zivilgesellschaftliche Aktivitäten aus dem gesamten Bundesgebiet gesucht, die sich aktiv für ein gleichberechtigtes Miteinander und gegen Extremismus, Antisemitismus und Gewalt einsetzen.

Die besten Projekte werden mit Geldpreisen zwischen 1.000 Euro und 5.000 Euro ausgezeichnet. Weitere Infos unter [www.buendnis-toleranz.de](http://www.buendnis-toleranz.de).

„Aktiv 2010“ ist eine Initiative der Bundesministerien des Inneren und der Justiz.

Ihr direkter Draht zu  
**Jutta Leder**  
(Impressum, Kontakt)

SPD-Fraktion  
Abgeordnetenhaus zu Berlin  
Niederkirchnerstr. 5  
10111 Berlin

Tel. 23 25 - 22 22

[info@jutta-leder.de](mailto:info@jutta-leder.de)  
[www.jutta-leder.de](http://www.jutta-leder.de)



## Dokumentation

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Mitte hat in ihrer Sitzung am 17. Juni 2010 ein umfangreiches Maßnahmenpaket gegen die explosionsartige Ausbreitung von Spielhallen im Bezirk beschlossen. Die Hintergründe und die Einflussmöglichkeiten erläutert die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Martina Matischok:

### ■ Immer mehr Spielhallen in Berlin

#### In Berlin und insbesondere im Bezirk Mitte wächst die Zahl der Spielhallenbetriebe.

Diese Entwicklung ist inflationär. 39 Spielhallen wurden 2008 in Mitte gezählt. Nach der Lagebewertung des Bezirkes Mitte durch das LKA sind derzeit 75 Spielhallen registriert, dazu kommen 44 angemeldete Wettbüros. Die Zahl der sonstigen und nicht registrierten Spielstätten wird vom LKA auf ca. 150 geschätzt. Darunter fallen auch etliche Vereinslokalitäten mit Spielgeräten. Dutzende neue Projekte sind beantragt.

Die Behörden sind machtlos, sie können Anträge auf eine Konzession für eine Spielhalle nicht einfach ablehnen. Juristisch ist eine Ablehnung schwierig, aber wie die Erfahrungen anderer Städte, z. B. in Stuttgart zeigen, nicht unmöglich. Baurechtliche oder ordnungsrechtliche Regelungen werden in Berlin aber viel zu wenig genutzt.

Rechtsgrundlage für den Betrieb von in den Spielhallen angebotenen Unterhaltungs- und Geldspielgeräten ist die Gewerbeordnung (GewO). Die Spielverordnung (SpielV) regelt weitere Details. Gewerbliches Spiel darf danach jeder betreiben, dem die Erlaubnis nach § 33c GewO erteilt wurde. Diese knüpft lediglich gewisse Voraussetzungen an die Zuverlässigkeit der beantragenden Person, die Gewerbetätigkeit ist damit grundsätzlich erlaubt. Das gewerbliche Spiel selbst unterliegt dem Bundesrecht, u. a. dem Glücksspielstaatsvertrag.

Das gewerbliche Spiel ist kein Glücksspiel im Sinne von § 284 Strafgesetzbuch (StGB). Für das Glücksspiel werden Erlaubnisse nach Landesrecht erteilt. Der Gesetzgeber geht davon aus, dass diese Angebote grundsätzlich gesellschaftsschädlich sind und damit grundsätzlich verboten sein sollen. Die Erteilung von Erlaubnissen stellt daher eine Ausnahme dar. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Spielhallen bieten nicht nur das sogenannte Unterhaltungsspiel an, sondern insbesondere die Möglichkeit finanzieller Gewinne über Geldspielgeräte. Weshalb das Strafgesetzbuch zur Verhinderung von derartigen Spielhallen nicht genutzt werden kann, ist für mich daher unverständlich.

Nicht zu verwechseln sind Spielhallen mit den Spielbanken (Spielkasinos). Hierbei handelt es sich um eine öffentlich zugängliche Einrichtung, in der staatlich konzessioniertes Glücksspiel betrieben wird. Glücksspielgeräte innerhalb konzessionierter Spielbanken unterliegen nicht der SpielVO, somit auch nicht den o.g. Begrenzungen, sondern der jeweiligen Landesgesetzgebung. Konzessionierte Spielbanken unterliegen stattdessen einer permanenten Kontrolle durch Finanzbehörden (körperliche Anwesenheit von Finanzbeamten / technische Überwachung / tägliche Abrechnung) und verfügen über Zutrittskontrollen (Besucherkartei, Türbewachung) sowie über ein bundesweites Sperrsystem für spielsuchtgefährdete Menschen (OSD).

Auch die Automaten-Wirtschaftsverbände-Info GmbH (AWI) hat sich nach Aussage des Geschäftsführers Dirk Lamprecht den vorgenannten Kontrollmechanismen angeschlossen. Der AWI geht es in erster Linie um ein kanalisiertes Angebot, auf das Steuern entrichtet wird und welches krankhaftes Spielverhalten und Illegalität vermeidet. Der derzeitige Spielhallenboom außerhalb der AWI wird allerdings kritisch beäugt.

Vielen Vermietern dagegen ist die Entwicklung im Kiez bezüglich der Zunahme von Spielhallen egal. Sie sind es, die den Spielhallenbetreibern erst den Spielbetrieb durch Abschluss eines Gewerbemietvertrages ermöglichen.

Den Bürgerinnen und Bürgern dagegen ist diese Entwicklung nicht gleichgültig, sie nehmen mit Besorgnis wahr, wie ihr Stadtbild verschandelt wird. Ökonomisch ist die Ballung auf kleinem Raum nicht nachvollziehbar. Gewerbe zur Nahversorgung weicht den Spielhallen. Kriminalitätserscheinungen kommen stattdessen mit den Spielhallen. Ängste bei den Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Kieze entstehen.

Nach der Bewertung der Lage durch das LKA wird eine Vielzahl kriminalpolizeilich relevanter Ereignisse im Zusammenhang mit Spielstätten beobachtet. Illegales Glücksspiel, Geldwäsche, Betrug, räuberische Erpressung, Raubmord, Körperverletzungen, Einbrüche sind die unangenehmen Begleiterscheinungen von Spielhallen.

Im Jahr 2009 erfolgten im Bezirk Mitte 101 Kontrollen von Spielstätten. Dabei wurden 39 Straftaten wegen illegalen Glücksspiels und 144 Zuwiderhandlungen gegen das Spielrecht festgestellt, 12 Raubüberfälle auf Spielstätten und Wettbüros wurden in Mitte verzeichnet. Dies ist mehr als nur Besorgnis erregend. Darüber hinaus wird die Spielsucht zur großen Gefahr in Mitte. Verschuldung, Verarmung sind weitere Folgen in der sozialen Spirale nach unten. Dringender Handlungsbedarf, um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, ist geboten.

#### Möglichkeiten, der Entwicklung des Spielhallenbooms entgegen zu wirken

Die Diskussion, wie der massiven Ausbreitung von Spielhallen entgegen gewirkt werden kann, nimmt immer mehr Raum ein. Die Möglichkeiten der Regulierung des gewerblichen Spielrechts basieren auf dem Genehmigungsverfahren und dem Baurecht. Genehmigt wird der Betrieb einer Spielhalle immer dann, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt sind. Hierbei wird insbesondere die Eignung des Betreibers geprüft. Nach dem Baurecht können durch Bebauungspläne zwar Festlegungen zu Gebietstypen und die Nutzungsmöglichkeit in den Gebieten getroffen werden. Städtebauliche Vertragbarkeiten spielen aber keine Rolle. Für die Bezirke bestehen kaum Gestaltungsmöglichkeiten, obwohl gerade in diesen ein erheblicher Steuerungsbedarf durch die „Nebenwirkungen“ von Spielstätten, u. a. an sozialen, gesundheitspolitischen, Jugend schützenden Maßnahmen, notwendig wird.

Eine Möglichkeit der Regulierung ist bekannt. Es handelt sich dabei um ein Spielhallengesetz, welches auf Grund der Förderalismusreform durch den Landesgesetzgeber erlassen werden kann. In Berlin wurde davon bislang kein Gebrauch gemacht. Die BVV Mitte hat daraufhin fraktionsübergreifend einen Antrag beschlossen, der den Senat von Berlin dazu ersucht, sich für den Erlass eines Spielhallengesetzes mit dem Ziel der Einbringung eines solchen Gesetzesentwurfs im Abgeordnetenhaus von Berlin einzusetzen. Hiernach soll folgendes geregelt werden:

- Verschärfung der personellen Voraussetzungen für den Betrieb einer Spielhalle (Zuverlässigkeitsanforderungen, fachliche Schulungen in Sachen Suchtprävention)
- Kontrollpflichten (Eingangskontrollen, Kontrolle der Räume)
- Unterhaltung von Sperrsystemen für bestimmte Glücksspiele
- Einrichtung und Unterhaltung von Beratungseinrichtungen
- Anpassung der Geschäftszeiten bzw. Einführung von Sperrzeiten
- Erteilung bzw. Verbot von Mehrfachkonzessionen und Abkehr vom raumbezogenen Spielhallenbegriff
- Verschärfung der Anforderungen an die Zulassung von mehreren Spielhallen in einem Gebäudekomplex
- Festlegung eines Mindestabstands zu Kindergärten, Schulen und Jugendeinrichtungen
- Bezirkliche Spieldichte regulieren.

Eine weitere Möglichkeit ist der Erlass einer Vergnügungsstättensatzung, welche bereits seit Jahren in Stuttgart besteht. In dieser Satzung ist geregelt, dass das Abrutschen von Straßenzügen oder von Stadtteilen durch die Versagung von Spielstätten verhindert werden kann. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat zuletzt im März 2010 die Versagungen der Stadt zu Recht bestätigt.

Eine weitere Möglichkeit der Regulierung besteht durch die Vergnügungssteuer. Diese Steuer kann mit dem Ziel der Lenkungsfunktion erhöht werden. Baden-Württemberg z. B. hat eine Vergnügungssteuersatzung erlassen, welche Hebesätze bis zu 25 % aufweist. Auch Berlin hat eine solche Satzung, allerdings mit derart niedrigen Hebesätzen, dass nicht von einer Lenkungsfunktion gesprochen werden kann.

## ■ Masterplan Industriestadt Berlin 2010 - 2020

Der Senat hat am 22. Juni 2010 den „Masterplan Industriestadt Berlin 2010 - 2020“ beschlossen. Der Masterplan ist ein Arbeitsprogramm, das konkrete Projekte für die Entwicklung der Industriestadt Berlin vorsieht. Die Umsetzung liegt beim „Netzwerk Industriepolitik“, einem breiten Bündnis aus Senat, Kammern, Verbänden und Gewerkschaften.

Jan Eder, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Berlin (IHK): „Die Industrie bestimmt den Pulsschlag des Wirtschaftsstandortes Berlin. Jeder hier neu geschaffene Arbeitsplatz zieht drei weitere in anderen Sektoren nach sich. Nichts braucht unsere Stadt dringender! Doch dies ist kein Selbstläufer, sondern dazu müssen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik über Ressortgrenzen hinweg an einem Strang ziehen. Genau darauf zielt der Masterplan.“

Der Masterplan verankert mit konkreten Zielen Industriepolitik als Querschnittsaufgabe und soll damit auf zentralen Feldern wie Rahmenbedingungen, Innovation, Fachkräfte und Standortkommunikation zur Entwicklung Berlins als Industriestadt beitragen.

Einige konkrete Ansätze, die mit dem Masterplan verpflegt werden:

- Die Fläche des Flughafens Tegel bietet als innenstadtnaher und verkehrstechnisch gut angebundener Standort für Forschung und Industrie einzigartige Standortbedingungen für innovative ansiedlungswillige Unternehmen.
- Die BeBerlin-Imagekampagne positioniert erfolgreich die Berliner Industrie und ihre Produkte regional und überregional.
- Das Projekt „Karriere in der Berliner Industrie“ verbindet das Fachkräftepotenzial von Hochschulabsolventen mit kleinen und mittleren Industrieunternehmen.
- Die Verwaltung soll durch gemeinsame Workshops für die Belange der Industrie sensibilisiert werden.

Koordiniert werden die Maßnahmen durch die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen. Im Herbst soll eine erste Bilanz gezogen werden.

Christian Hoßbach, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin und Brandenburg (DGB): „Berlin braucht mehr Arbeitsplätze in der Industrie, damit durch mehr industrielle Wertschöpfung auch größere Spielräume für eine soziale Stadtentwicklung entstehen. Unser Ziel sind neue qualifizierte, interessante und gut bezahlte Arbeitsplätze für Männer und Frauen. Industriepolitik wird nur als gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten erfolgreich sein - dafür steht der Masterplan.“

Auch der Vorsitzende des Hauptausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus, Ralf Wieland (SPD), begrüßt die verstärkten Bemühungen um die Entwicklung des Industriestandortes Berlin. „Gerade die Entwicklung des Geländes des in zwei Jahren zu schließenden Flughafens Tegel bietet enorme Möglichkeiten, moderne Industriearbeitsplätze anzusiedeln.“

